

Potrafke, Niklas; Wüthrich, Kaspar

Article

Grüne Regierungen: Liefern sie das, was sie versprechen? Kausale Evidenz aus Baden-Württemberg

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Potrafke, Niklas; Wüthrich, Kaspar (2022) : Grüne Regierungen: Liefern sie das, was sie versprechen? Kausale Evidenz aus Baden-Württemberg, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 75, Iss. 05, pp. 23-27

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/263810>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Niklas Potrafke und Kaspar Wüthrich

Grüne Regierungen: Liefern sie das, was sie versprechen?

Kausale Evidenz aus Baden-Württemberg

In vielen Industrieländern, neben Deutschland z.B. in Finnland, Island, Lettland und Neuseeland, haben grüne Parteien in den letzten Jahrzehnten einen bemerkenswerten Zuspruch in der Wählerschaft erhalten. Dazu beigetragen haben dürfte einerseits die Konvergenz der Politiken etablierter (Volks-)Parteien wie Sozialdemokraten und Christdemokraten. Vielfach wurde beklagt, dass sich die Volksparteien kaum noch unterscheiden und es für die implementierte Politik letztlich egal sei, wer regiere. Darüber hinaus haben sich die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher gezeigt. Die Winter sind oftmals nicht mehr so kalt wie früher, und auch Länder wie Deutschland sind in jüngster Zeit von bislang ungekannten Naturkatastrophen heimgesucht worden. Es scheint einen gesellschaftlichen Konsens zu geben, dass der Klimawandel entschieden bekämpft werden muss. Grüne Parteien sind so sehr mit Politiken gegen den Klimawandel und für Umweltschutz verbunden wie keine andere Partei. Für Umwelt- und Klimaschutz werden die Grünen gewählt (List und Sturm 2006). Eine entscheidende Frage ist, was die Grünen tun, wenn sie Regierungsverantwortung innehaben. Liefern sie beim Umwelt- und Klimaschutz das, was sie versprechen?

Als Junior-Koalitionspartner waren die Grünen schon an vielen Regierungen beteiligt; in Deutschland vielfach in den Bundesländern, im Bund von 1998 bis 2005 in den Regierungen des SPD-Politikers Gerhard Schröder und seit Ende des letzten Jahres nun in der Ampel-Koalition gemeinsam mit der SPD und der FDP.¹ Regierungen geführt haben die Grünen jedoch in Deutschland bislang nur in Baden-Württemberg. Im Jahr 2011 gelang ein wahrlich historischer Regierungswechsel. Dieser Regierungswechsel eignet sich auf einzigartige Art und Weise, um kausale Effekte einer grün-geführten Regierung auf Umweltzielgrößen und andere Zielgrößen wie das Wirtschaftswachstum zu untersuchen.

Inwieweit die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen Wirtschaftspolitik und Zielgrößen wie das Wirtschaftswachstum beeinflusst, wird ausführlich in der politisch-ökonomischen Literatur untersucht (siehe die Partisan-Theorien von Hibbs 1977; Chappell und Keech 1986; Alesina 1987 und Übersichtsartikel von Schmidt 1996; Potrafke 2017; 2018). Oftmals zeigen die empirischen Studien zur Frage, wie

¹ Zur Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung siehe Zohlnhöfer (2004).

IN KÜRZE

Die Grünen wollen das Klima und die Umwelt schützen. Was tun sie, wenn sie Regierungsverantwortung innehaben? Anhand der ersten grün-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg wird untersucht, wie eine grün-geführte Regierung Umweltziele, wie CO₂-Emissionen, und andere Zielgrößen, wie das Wirtschaftswachstum, beeinflusst: Die Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima hatte die Grünen im März 2011 in Baden-Württemberg ins Amt befördert. Der Regierungswechsel war unerwartet und »quasi-exogen«. In einer neuen Studie (Potrafke und Wüthrich 2020, neuestes Update aus dem März 2022) untersuchen wir empirisch anhand dieses »natürlichen« Experiments die kausalen Effekte einer grün-geführten Regierung auf ökonomische Zielgrößen. Unsere Ergebnisse zeigen nicht, dass die grün-geführte Landesregierung CO₂-Emissionen reduziert oder insgesamt den Verbrauch erneuerbarer Energien erhöht hat. Vielmehr hat sie die Windenergie in Baden-Württemberg weniger stark ausgebaut als Landesregierungen anderer politischer Zusammensetzungen. Ein wichtiger Grund dafür waren intraökologische Konflikte: Den Schutz des Rotmilans und der Fledermaus haben die Grünen dem Bau von Windrädern vorgezogen, und auch Not-in-my-backyard-(NIMBY-)Bewegungen spielten eine Rolle. Fraglich ist, ob es grün-geführte Regierungen sind, die Umwelt- und Klimaschutz am entschiedensten vorantreiben.

die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen Wirtschaftspolitik beeinflusst, nur Korrelationen. Sie erlauben lediglich Aussagen darüber, ob beispielsweise das Wirtschaftswachstum unter rechten Regierungen höher als unter linken Regierungen war. Korrelationen lassen aber keine Aussage darüber zu, ob die rechten Regierungen das höhere Wirtschaftswachstum auch verursacht haben (beispielsweise indem sie Wirtschaftspolitiken implementiert haben, die das Wirtschaftswachstum beflügelt haben). Es ist empirisch anspruchsvoll, kausal zu identifizieren, wie die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen auf Zielgrößen wie das Wirtschaftswachstum wirkt. Gegebenenfalls ist eine neue Regierung ins Amt gewählt worden, weil die Wirtschaftslage beson-

**Prof. Dr. Niklas Potrafke**

leitet das ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie und ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

**Prof. Dr. Kaspar Wüthrich**

ist Assistant Professor am Department of Economics an der University of California, San Diego und spezialisiert in Ökonometrie. Er ist Forschungsprofessor am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

ders schlecht – das Wirtschaftswachstum niedrig, die Arbeitslosigkeit hoch – war. Wenn die Wirtschaftslage bestimmt, wer regiert, dann ist die Kausalität zwischen parteipolitischer Zusammensetzung von Regierungen und der zu untersuchenden Zielgröße gerade umgekehrt.

In unserer Studie zur ersten grün-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg nutzen wir aus, dass ein Tsunami und ein damit verbundener Unfall in einem Atomkraftwerk in Japan die grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg ins Amt befördert hat (Potrafke und Wüthrich 2020, neuestes Update aus dem März 2022). Der Regierungswechsel war unerwartet und »quasi-exogen«. Wir können Ursache und Wirkung trennen und liefern erstmalig kausale Evidenz, wie eine grün-geführte Regierung Umweltzielgrößen, sowie makroökonomische Zielgrößen wie das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenquote

sowie Bildungs-Outcomes beeinflusst hat.² Im Folgenden präsentieren wir den Hintergrund unserer Studie, geben einen Überblick über das Forschungsdesign, fassen unsere zentralen Resultate zusammen und diskutieren deren Implikationen.³

DIE KATASTROPHE VON FUKUSHIMA UND DIE LANDTAGSWAHL IM MÄRZ 2011

Baden-Württemberg wurde seit Anfang der 1950er Jahre durchgängig von CDU-Ministerpräsidenten regiert. Von 1972 bis 1992 hatte die CDU die absolute Mehrheit. Koalitionen ging die CDU meist mit der FDP ein. Anfang der 1990er Jahre gab es eine große Koalition aus CDU und SPD. Baden-Württemberg war jahrzehntelang ein CDU-Stammland. Auch bei der Landtagswahl im Jahr 2006 erhielt die CDU 44,2% der Stimmen und setzte ihre Koalition mit der FDP fort, die 10,7% der Stimmen erhielt. Im Februar 2010, gut ein Jahr von der Landtagswahl im März 2011 hatten die CDU (rund 43%) und die FDP (rund 11%) noch eine Mehrheit in den Umfragen. Doch dann wendete sich das Blatt. Die Bevölkerung war unzufrieden mit dem Vorhaben der Landesregierung den Stuttgar-

ter Hauptbahnhof in einen großen Untergrundbahnhof umzubauen (Projekt Stuttgart 21). Die Kosten für den Umbau schienen zu explodieren (siehe z.B. Wagschal et al. 2013). Es gab Demonstrationen gegen Stuttgart 21. Außerdem hatte der CDU-Politiker Stefan Mappus seinen Parteifreund Günther Oettinger als Ministerpräsidenten abgelöst. Ein Volkstribun war Mappus nicht (Wehner 2013). In den Umfragen verlor die CDU massiv an Rückhalt, schaffte es zu Beginn des Jahres 2011 jedoch wieder gemeinsam mit der FDP eine Mehrheit in den Umfragen zu haben. Schließlich ereignete sich am 11. März 2011 eine äußerst folgenreiche Naturkatastrophe im japanischen Fukushima. Ein Tsunami traf das Kernkraftwerk Fukushima Dai-ichi. Große Mengen radioaktiven Materials wurden freigesetzt. Ausgelöst wurde dadurch eine weltweite Debatte über die Zukunft der Atomkraft. In Deutschland gingen die Menschen gegen Atomkraft auf die Straße, vor allem auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. Die schwarz-gelbe Bundesregierung beschloss den Atomausstieg.

Die Fukushima-Katastrophe veränderte unmittelbar die politische Stimmungslage in Baden-Württemberg. In der letzten Meinungsumfrage, die noch vor der Fukushima-Katastrophe von infratest dimap gestartet wurde (die Umfrage lief vom 10. bis 12. März 2011), kamen die CDU auf 42%, die FDP auf 6%, die SPD auf 22% und die Grünen auf 21% der Stimmen. Die Regierungsparteien CDU und FDP hatten zusammen mit 48% der Stimmen also 5 Prozentpunkte Vorsprung vor den Grünen und der SPD. Vom 14. bis 17. März 2011 führte wiederum infratest dimap die erste Umfrage unmittelbar nach der Fukushima-Katastrophe durch. Das Ergebnis: CDU 39%, FDP 5,5%, SPD 22% und Grüne 24%. Innerhalb weniger Tage hatte die CDU 3 Prozentpunkte in den Umfragen verloren und die Grünen hatten 3 Prozentpunkte gewonnen. Grünrot hatte eine Mehrheit, die sich ebenso im Landtagswahlergebnis am 27. März 2011 manifestierte: CDU 39%, FDP 5,3%, SPD 23,1% und Grüne 24,2%. Die Grünen erzielten erstmalig mehr Stimmen bei einer Landtagswahl als die SPD und konnten den Ministerpräsidenten stellen.

Am 11. Mai 2011 wurde der Grüne Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt. Nach jahrzehntelanger politischer Dominanz der CDU hatte sich ein wahrlich historischer Regierungswechsel vollzogen. Die neue grün-geführte Regierung hatte viel vor. Der Koalitionsvertrag trug den Titel »Der Wechsel beginnt«. Die Grünen wollten insbesondere in der Umwelt- und Klimapolitik einiges ändern und übernahmen zu diesem Zweck auch das Umweltministerium.⁴

² Für frühere Studien, die die Rolle von grünen Parteien als Junior-koalitionspartner berücksichtigen oder Aktivitäten in Kommunalparlamenten untersuchen, siehe beispielsweise Neumayer (2003), Knill et al. (2010), Fredriksson et al. (2011), Cheon und Urpelainen (2013), Folke (2014), Garmann (2014), Schulze (2021), Jahn (2022), Töller (2022).

³ Für Details verweisen wir auf unsere Studie (Potrafke und Wüthrich 2020, neuestes Update aus dem März 2022).

⁴ Deutsche Landesregierungen beeinflussen Zielgrößen im Umwelt- und Energiebereich beispielsweise durch Regulierungen und Subventionen einzelner Energieträger (Wurster 2017). Im Jahr 2010 hatte die noch CDU-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg rund 45% der Anteile von Baden-Württembergs Energieversorger EnBW vom französischen Betreiber Electricite de France zurückerworben und somit ihre Möglichkeiten zum Steuern der Energie- und Umweltpolitik im Land vergrößert.

FORSCHUNGSDESIGN DER STUDIE

Um zu untersuchen, was sich unter der grün-geführten Landesregierung verändert hat, müssen die beobachtbaren Zielgrößen wie CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum unter der grün-geführten Landesregierung mit eben jenen Zielgrößen ohne grün-geführte Landesregierung verglichen werden. Dieses Kontrafaktum – die Entwicklung in Baden-Württemberg ohne grün-geführte Landesregierung – lässt sich nicht beobachten, es muss vielmehr geschätzt werden. Verglichen werden könnte Baden-Württemberg mit einem weiteren deutschen Bundesland, das sich vor dem Regierungswechsel im Jahr 2011 ganz ähnlich entwickelt hat wie Baden-Württemberg. Nahe liegt ein Vergleich mit Bayern. Wie Baden-Württemberg wurde Bayern seit Jahrzehnten konservativ regiert und ist in vielerlei Hinsicht gut mit Baden-Württemberg vergleichbar. Auch nach 2011 wurde Bayern weiterhin konservativ regiert. Doch hat sich Bayern nicht hinsichtlich aller von uns untersuchten Zielgrößen ganz ähnlich wie Baden-Württemberg entwickelt. Außerdem bliebe die alleinige Auswahl Bayerns als Kontrafaktum zu Baden-Württemberg recht willkürlich (wieso z.B. nicht Hessen verwenden?).

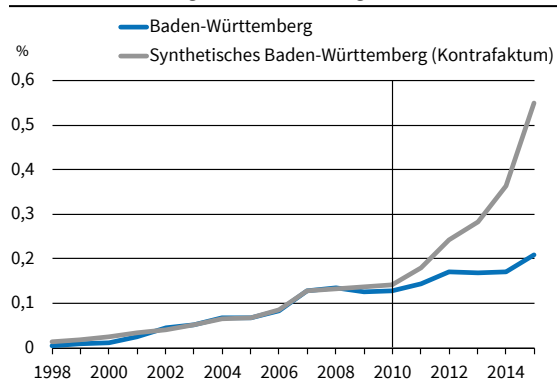
Die Wissenschaft hat mit der sogenannten synthetischen Kontrollmethode (Abadie und Gardeazabal 2003; Abadie et al. 2010; Abadie 2021) ein Verfahren entwickelt, bei dem das Kontrafaktum für Baden-Württemberg aus einem gewichteten Durchschnitt anderer prinzipiell vergleichbarer Bundesländer berechnet wird. Mit wie viel Gewicht ein einzelnes anderes Bundesland in die Berechnung eingeht, wird so bestimmt, indem der Unterschied zwischen Baden-Württemberg und dem synthetischen Baden-Württemberg vor dem Regierungswechsel minimiert wird. Es soll also gelingen, Baden-Württemberg vor dem Regierungswechsel so passgenau wie möglich abzubilden. In unserer Studie verwenden wir die synthetische Kontrollmethode. Wir betrachten Daten für den Zeitraum 2011–2015, das erste Kabinett Kretschmann.

ERGEBNISSE DER STUDIE

Die Ergebnisse zeigen nicht, dass die grün-geführte Landesregierung CO₂-Emissionen (gemessen pro 1 000 Einwohner) beeinflusst hat. Ebenso finden wir keinerlei Evidenz, dass die grün-geführte Landesregierung die Anteile einzelner Energieträger am Primärenergieverbrauch wie Mineralöl, Steinkohle, Gas etc. beeinflusst hat. Doch gibt es eine Ausnahme: Die Windenergie. Die grün-geführte Landesregierung hat die Windenergie im Vergleich zum Kontrafaktum deutlich weniger ausgebaut. Mit anderen Worten: Mit einer parteipolitisch anders zusammengesetzten Landesregierung wäre die Windenergie stärker ausgebaut worden (vgl. Abb. 1).

Abb. 1

Anteil der Windenergie am Primärenergieverbrauch



Quelle: AG Energiebilanzen; Berechnungen der Autoren.

© ifo Institut

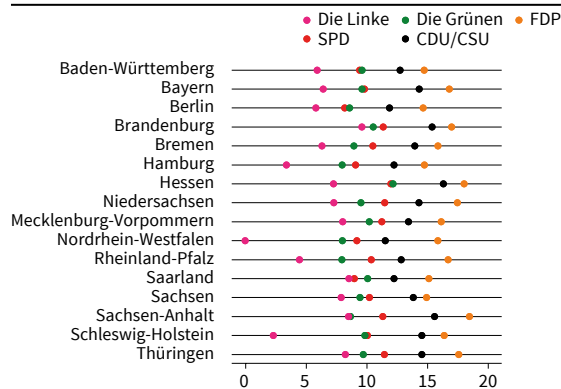
Das Ergebnis zur Windkraft ist bemerkenswert, widerspricht es doch dem, was die Grünen in ihrem Wahlprogramm 2011 angekündigt hatten. Ein wesentlicher Grund für dieses Ergebnis ist ein intraökologischer Konflikt. Einerseits wollen die Grünen die Windkraft ausbauen, um von konventionellen Energieträgern (und ebenso der Atomkraft) Abstand nehmen zu können. Andererseits liegt den Grünen auch der Natur- und Tierschutz am Herzen. Das erste Kabinett Kretschmann hatte beim Ausbau der Windkraft in der Tat mit starken Widerständen von Naturschutzorganisationen zu kämpfen, die sich in Baden-Württemberg um die Lebensräume des Rotmilans und der Fledermaus sorgten. Darüber hinaus förderte die grün-geführte Landesregierung die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Diskurs. Diese Teilnahme äußerte sich auch im Widerstand gegen Windräder in der unmittelbaren Umgebung (Not-in-my-backyard). Unsere Ergebnisse zur Windenergie bestätigen anekdotische Evidenz (Goetz 2019).

Im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosenquote lässt sich kein Effekt der grün-geführten Landesregierung feststellen. Starke Effekte gibt es jedoch im Bildungsbereich: Die Anzahl der Schüler an Gesamtschulen (inklusive Gemeinschaftsschulen) ist unter der grün-geführten Landesregierung massiv gestiegen. Dies liegt an der neuen Schulform »Gemeinschaftsschule«, die die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg eingeführt hat. Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass die grün-geführte Landesregierung im Bildungsbereich ihre Vorstellung von inklusivem Lernen durchsetzen konnte.

ALLES ANDERS IN BADEN-WÜRTTEMBERG?

Die Grünen in Baden-Württemberg sind gar keine echten Grünen, heißt es oft. Demnach sei in Baden-Württemberg unter der grün-geführten Landesregierung auch kaum ein Politikwechsel zu erwarten gewesen. Dem ist nicht so. Die CDU dominierte Baden-Württemberg über Jahrzehnte, regierte 20 Jahre allein und von 1996 bis 2011 in Koalitionen mit der FDP. Der Regie-

Abb. 2

Wirtschaftspolitische Parteipositionen^a 2008–2011

^a In den Wahlprogrammen nach Bundesländern. Kleine Werte bedeuten viel Einfluss des Staates in der Wirtschaft.

Quelle: Daten von Bräuninger et al. (2020).

© ifo Institut

rungswechsel 2011 war historisch, die Grünen und die SPD lösten die CDU und FDP ab und kündigten einen Politikwechsel an.

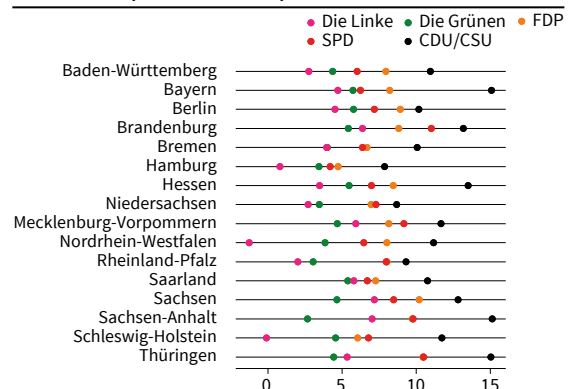
Unterschiede in der Programmatik der Parteien sind von Politikwissenschaftlern von der Uni Mannheim quantifiziert worden (Bräuninger et al. 2020). Untersucht wurden wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Positionen der Parteien in Landtagswahlprogrammen. Vergleicht man die Wahlprogramme im Zeitraum 2008 bis 2011 (jeweils die Programme in allen Bundesländern direkt vor dem historischen Regierungswechsel 2011 in Baden-Württemberg), so zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen der CDU und den Grünen in Baden-Württemberg vergleichbar mit den Unterschieden zwischen der CDU und den Grünen in anderen Bundesländern wie etwa Berlin waren (vgl. Abb. 2 und Abb. 3). Sicher, die Positionen des gesamten Parteienspektrums unterscheiden sich etwas zwischen den Bundesländern. In Baden-Württemberg sind sie etwas konservativer als in Berlin, aber die Differenzen zwischen den Parteien und politischen Lagern (Vergleich CDU und FDP gegenüber SPD und Grünen) sind sehr ähnlich.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In unserer Studie haben wir erstmalig kausale Evidenz zum Wirken grün-geführter Regierungen präsentiert. Der historische Regierungswechsel 2011 in Baden-Württemberg, bei dem die Fukushima-Naturkatastrophe in Japan massiv das Ergebnis der deutschen Landtagswahl beeinflusste, eignet sich hervorragend für die Identifikation des kausalen Effekts der grün-geführten Landesregierung auf verschiedene Zielgrößen.

Die Ergebnisse sind überraschend. Evidenz für deutliche Veränderungen insbesondere in der Umwelt- und Klimapolitik unter der grün-geführten Landesregierung lässt sich nicht finden. Ganz im Gegenteil: Die grün-geführte Landesregierung hat die Windenergie in

Abb. 3

Gesellschaftspolitische Parteipositionen^a 2008–2011

^a In den Wahlprogrammen nach Bundesländern. Kleine Werte bedeuten eine sehr liberale Gesellschaftspolitik wie starke Befürwortung von Einwanderung und gleichgeschlechtlicher Ehe.

Quelle: Daten von Bräuninger et al. (2020).

© ifo Institut

Baden-Württemberg im Vergleich zum Kontrafaktum weniger stark ausgebaut. Dies lag u.a. an einem intraökologischen Konflikt der Grünen. Ein Ausbau der Windenergie hätte den Lebensraum des Rotmilans und der Fledermaus beschnitten. Außerdem spielten NIMBY-Bewegungen eine Rolle.

Unsere Studie identifiziert kausale Effekte der ersten grün-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg. Sie eignet sich jedoch nicht als Grundlage für Vorhersagen beispielsweise darüber, was zukünftige grüne Regierungen tun werden. Sie ist der erste Schritt zu verstehen, was grüne Regierungen tun.

Für den Umwelt- und Klimaschutz bleibt fraglich, ob es grün-geführte Regierungen sind, die am entschiedensten Umwelt- und Klimaschutz durchsetzen können. Wie dringend notwendig Umwelt- und Klimaschutz sind, steht auch außerhalb der Grünen – in den Parteien wie auch der Wählerschaft – nicht zur Debatte. Im Bereich der Windenergie haben im von uns untersuchten Zeitraum 2011–2015 Regierungen anderer politischer Zusammensetzung die Windkraft stärker vorangetrieben als die grün-geführte Regierung. Manche strukturellen Reformen lassen sich am ehesten von politischen Parteien durchsetzen, von denen man es nicht erwartet (Cukierman und Tommasi 1998). Die Zukunft wird zeigen, ob das auch für die Umwelt- und Klimapolitik gilt.

LITERATUR

- Abadie, A. (2021), »Using Synthetic Controls: Feasibility, Data Requirements, and Methodological Aspects«, *Journal of Economic Literature* 59, 391–425.
- Abadie, A., A. Diamond und J. Hainmueller (2010), »Synthetic Control Methods for Comparative Case Studies: Estimating the Effect of California's Tobacco Control Program«, *Journal of the American Statistical Association* 105, 493–505.
- Abadie, A. und J. Gardeazabal (2003), »The Economic Costs of Conflict: A Case Study of the Basque Country«, *American Economic Review* 93, 113–132.
- Alesina, A. (1987), »Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game«, *Quarterly Journal of Economics* 102, 651–678.
- Bräuninger, T., M. Debus, J. Müller und C. Stecker (2020), *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, 2. Auflage, Springer, Berlin.

- Chappell, H. W. Jr. und W. R. Keech (1986), »Party Differences in Macroeconomic Policies and Outcomes«, *American Economic Review* 76, 71–74.
- Cheon, A. und J. Urpelainen (2013), »How Do Competing Interest Groups Influence Environmental Policy? The Case of Renewable Electricity in Industrialized Democracies, 1989–2007«, *Political Studies* 61, 874–897.
- Cukierman, A. und M. Tommasi (1998), »When Does It Take a Nixon to Go to China?«, *American Economic Review* 18, 180–197.
- Folke, O. (2014), »Shades of Brown and Green: Party Effects in Proportional Election Systems«, *Journal of the European Economic Association* 12, 1361–1395.
- Fredriksson, P., L. Wang und K. Mamun (2011), »Are Politicians Office or Policy Motivated? The Case of U.S. Governors' Environmental Policies«, *Journal of Environmental Economics and Management* 62, 241–253.
- Garmann, S. (2014), »Do Government Ideology and Fragmentation Matter for Reducing CO₂-Emissions? Empirical Evidence from OECD Countries«, *Ecological Economics* 105, 1–10.
- Goetz, U. (2019), »Das Dilemma der Grünen beim Klimaschutz«, verfügbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/windkraft-in-baden-wuerttemberg-das-dilemma-der-gruenen.1001.de.html?dram:article_id=463284, aufgerufen am 15. Oktober 2020.
- Hibbs, D. A. Jr. (1977), »Political Parties and Macroeconomic Policy«, *American Political Science Review* 71, 1467–1487.
- Jahn, D. (2022), »Party Families and Greenhouse Gas Emissions: A New Perspective on an Old Concept«, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 15, 477–496.
- Knill, C., M. Debus und S. Heichel (2010), »Do Parties Matter in Internationalised Policy Areas? The Impact of Political Parties on Environmental Policy Outputs in 18 OECD Countries, 1970–2000«, *European Journal of Political Research* 49, 301–336.
- List, J. A. und D. M. Sturm (2006), »How Elections Matter: Theory and Evidence from Environmental Policy«, *Quarterly Journal of Economics* 121, 1249–1281.
- Neumayer, E. (2003), »Are Left-Wing Party Strength and Corporatism Good for the Environment? Evidence from Panel Analysis of Air Pollution in OECD Countries«, *Ecological Economics* 45, 203–220.
- Potrafke, N. (2017), »Partisan Politics: The Empirical Evidence from OECD Panel Studies«, *Journal of Comparative Economics* 45, 712–750.
- Potrafke, N. (2018), »Government Ideology and Economic Policy-Making in the United States – A Survey«, *Public Choice* 174, 145–207.
- Potrafke, N. und K. Wüthrich (2020), »Green Governments«, CESifo Working Paper No. 8726, Update im März 2022.
- Schmidt, M. G. (1996), »When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy«, *European Journal of Political Research* 30, 155–183.
- Schulze, K. (2021), »Policy Characteristics, Electoral Cycles, and the Partisan Politics of Climate Change«, *Global Environmental Politics* 21, 44–72.
- Töller, A. E. (2022), »Machen Parteien in der Umweltpolitik einen Unterschied?«, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 15, 447–476.
- Wagschal, U., U. Eith und M. Wehner (2013), *Was entschied die Wahl? Der historische Machtwechsel in Baden-Württemberg*, Nomos, Baden-Baden.
- Wehner, M. (2013), »Die historische Niederlage der CDU – Ursachen für das Scheitern«, in: U. Wagschal, U. Eith und M. Wehner (Hrsg.), *Was entschied die Wahl? Der historische Machtwechsel in Baden-Württemberg*, Nomos, Baden-Baden, 119–141.
- Wurster, S. (2017), »Energiewende in Baden-Württemberg: Ausmaß und Folgen«, in: F. Hörisch und S. Wurster (Hrsg.), *Das grün-rote Experiment in Baden-Württemberg. Eine Bilanz der Landesregierung Kretschmann 2011–2016*, Springer, Berlin, 51–278.
- Zohlnhöfer, R. (2004), »Destination Anywhere? The German Red-Green Government's Inconclusive Search for a Third Way in Economic Policy«, *German Politics* 13, 106–131.